

Avi Primor

Frieden ist möglich. Trotz alledem



Avi Primor

(* 1935) ist Direktor des Zentrums für Europäische Studien an der Privatuniversität IDC Herzliya, Israel und ehemaliger Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland

cschael@idc.ac.il

Den Israelis und Palästinensern wie auch wahrscheinlich den meisten Beobachtern in aller Welt scheint heute eine Lösung des Nahostkonflikts unmöglich zu sein. 60 Jahre nach Beginn des Kriegszustandes im Nahen Osten, nach unzähligen Friedenskonferenzen und Friedensprozessen schwindet die Hoffnung, jemals einen echten Frieden zu erreichen. Dennoch ist der Weg zur Beilegung der Fehde nicht nur bekannt, er liegt sogar auf der Hand. Bereits kurz vor Ende des Jahres 2000, in dem die Friedensverhandlungen von Camp David zwischen Premierminister Barak und Palästinenserpräsident Jassir Arafat, unter aktiver Beteiligung des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, gescheitert waren und die höchst blutige zweite *Intifada* ausgebrochen war, wurde ein erster Friedensentwurf verkündet. Dieser wurde von Clinton unter dem Titel »Clinton-Parameter« vorgelegt. Seither wurden mehrere Friedensprojekte veröffentlicht – amerikanische, arabische, palästinensische und israelische Friedensvorschläge der internationalen Gemeinschaft, und auch manche der Zivilgesellschaft, vor allem der israelischen und der palästinensischen. Im Januar 2002 proklamierte die saudi-arabische Regierung einen kühnen Plan, der dem Staat Israel unter bestimmten Bedingungen nicht nur die Anerkennung anbot, sondern auch die umfassende Normalisierung der Beziehungen mit Saudi-Arabien wie auch mit allen anderen arabischen Staaten. Dieser Plan wurde kurz darauf von der Arabischen Liga, also von allen arabischen Ländern, fast vollständig übernommen. Im Sommer

desselben Jahres veröffentlichte der amerikanische Präsident George W. Bush seinen Friedensplan, die »Bush-Vision«. Im Jahr 2003 wurde der viel diskutierte »Fahrplan« (*Roadmap*) des Nahost-Quartetts (EU, UNO, USA und Russland) vorgelegt. Und ebenfalls im Jahr 2003 gab es zwei Friedensentwürfe der Zivilgesellschaft, einer davon der so genannte »Genfer Vertrag«. Der andere war ein gemeinschaftliches Projekt des Präsidenten der Al-Quds-Universität Prof. Sari Nusseibeh und des ehemaligen Befehlshabers der israelischen Kriegsmarine und der Geheimdienste, des heutigen Kabinettsministers Ami Ayalon. Im Jahr 2004 wurde ein Friedensplan der palästinensischen Insassen israelischer Gefängnisse publiziert, der alle überraschte. Im November 2006 hielt Ministerpräsident Ehud Olmert am Grab Ben-Gurions eine Grundsatzrede, in der er über seine Ideen und Prinzipien zu einem Friedensvertrag im Nahen Osten Aufschluss gab. Im Januar 2007 wiederholte Saudi-Arabien sein Angebot von 2002, worauf die Arabische Liga ihre Loyalität zu diesem Friedensplan bekräftigte. Und es gab noch andere Lösungsvorschläge.

Friedenspläne mit vielen Überschneidungen

Beim Vergleich dieser Friedenspläne muss man feststellen, dass sie alle von den gleichen Prinzipien und Kriterien sprechen, dass sie sich in Wirklichkeit alle mehr oder weniger überschneiden. Sie unterscheiden sich nur in Formulierungen und gelegentlich auch in der empfohlenen Reihenfolge der zu ergreifenden Maßnahmen. Die Vorstellung aber, wie ein Friedensvertrag für den Nahen Osten aussehen soll, scheint in allen Fällen ein und dieselbe zu sein. In groben Zügen lässt sich diese folgendermaßen zusammenfassen: Israels Gegner müssen den Staat Israel anerkennen und mit ihm nicht nur Frieden schließen, sondern auch in jedem Bereich aktiv mit dem Staat Israel zusammenarbeiten. Die Sicherheit des Staates Israel muss auf glaubwürdige Art und Weise gewährleistet sein. Israel muss die besetzten Gebiete und die Siedlungen räumen, allerdings nicht unbedingt bis zur alten, bis vor dem Sechstagekrieg gültigen Grenze. Es könnte ein Landaustausch vorgenommen werden, solange die Palästinenser so viel Fläche zurückbekommen, wie sie verloren haben. Das Prinzip der Teilung des Landes soll auf Demografie beruhen, d.h. wo Palästinenser leben, soll ein Palästinenserstaat entstehen, und wo Israelis leben, soll der Staat Israel aufrecht erhalten werden. Die Stadt Jerusalem muss wieder geteilt werden, wobei es allerdings zwischen den beiden Teilen der Stadt keine Grenzen oder Schranken geben soll. Und das Problem der palästinensischen Flüchtlinge muss so gelöst werden, dass die Flüchtlinge in Würde leben können, ohne die Integrität und Sicherheit des Staates Israel zu beeinträchtigen.

»Die Vorstellung, wie ein Friedensvertrag für den Nahen Osten aussehen soll, scheint in allen Fällen ein und dieselbe zu sein.«

Woran die Umsetzung scheitert

Wenn es tatsächlich nur einen Friedensplan geben kann, dem darüber hinaus alle zustimmen, stellt sich die Frage, warum er nicht in die Tat umgesetzt wird. Sind die Spitzenpolitiker der beiden Hauptkontrahenten, der Israelis und der Palästinenser, nicht offen und nicht fortschrittlich genug, um diese allgemein akzeptierten Prinzipien anzuerkennen? Nein, das ist nicht der Fall. Mit Ausnahme der regierenden *Hamas* im Gazastreifen sind die führenden Kräfte der Palästinenser im Westjordanland, also die legitime palästinensische Regierung, wie auch die meisten Spitzenpolitiker der israelischen Regierung wohlwollend, realistisch und ehrlich. Diejenigen, die auf beiden Seiten die Verhandlungen führen, wollen tatsächlich eine Vereinbarung erzielen und stimmen allen Prinzipien der Friedensentwürfe pauschal zu. Ihr Problem liegt nicht in gravierenden, unüberwindbaren Meinungsverschiedenheiten. Dennoch haben beide Regierungen das gleiche Problem: Sie sind viel zu schwach und instabil, um irgendwelche kühnen Pläne in die Tat umzusetzen. Die israelische Regierung regiert unter Bewährungsfrist. Die Koalition Olmerts ist aus einander widersprechenden Parteien zusammengesetzt. Auch Olmerts *Kadima*-Partei ist keine einheitliche Partei. Sie besteht aus zwei Gruppierungen, wobei die eine, relativ moderate, aus der *Arbeitspartei* kommt (wie z.B. der Staatspräsident Shimon Peres und die Parlamentspräsidentin Dalia Itzik), während die andere

aus der *Likud*-Partei kommt und in vielen Fällen der *Likud*-Ideologie treu geblieben ist. Solange Olmert nichts in Bewegung setzt, solange er an der Grundlage seiner Politik nichts ändert und den Friedensbemühungen nur Lippenbekenntnisse zollt, kann die Koalition zusammenhalten. Sobald er aber sachliche Schritte in Richtung Frieden durchsetzen will, zerfällt die Koalition und vorgezogene Wahlen werden unvermeidlich. Meinungsumfragen zufolge werden Olmert und seine Partei diese deutlich verlieren. Auf palästinensischer Seite sieht die Lage nicht viel besser aus. Präsident Mahmoud Abbas und seine Regierung versuchen, sich unter bürgerkriegsähnlichen Umständen über Wasser zu halten und können sich auch nicht viel leisten. Darüber hinaus sollen

»Trotz Schwäche der Regierungen Zweidrittelmehrheiten für den Friedensprozess.«

Anfang 2009 in den palästinensischen Gebieten Neuwahlen stattfinden und kein Mensch kann heute deren Resultate vorhersagen. Bislang besteht Mahmoud Abbas darauf, nicht wieder zu kandidieren.

Die Stärke einer Regierung hängt von der Rückenbedeckung ab, die sie von ihrer Bevölkerung erhält. Bedeutet also die Schwäche der beiden Regierungen, dass ihre jeweilige Bevölkerung die altbekannten Prinzipien eines Friedenskompromisses ablehnt? Demoskopien belegen das Gegenteil. So gibt es in Israel eine stabile Zweidrittelmehrheit, die allen Komponenten der möglichen Friedensverträge zustimmt. Unter den Palästinensern ist die Mehrheit gelegentlich noch größer. Damit aber beschreiben die Meinungsumfragen die Realität nicht vollständig. Weitere Umfragen deuten auf eine widersprüchliche Tendenz innerhalb der israelischen Bevölkerung hin. Auf die Frage, wen sie im Falle vorgezogener Wahlen wählen würden, antwortet wiederum eine gleichbleibende Mehrheit der Israelis, sie würden das rechte, sich den Friedensprinzipien widersetzende Lager an die Macht bringen. Wie erklärt sich dieser so offensichtliche Widerspruch?

Frieden bedeutet vor allem Sicherheit

Der israelische Durchschnittsbürger hat sich schon seit geraumer Zeit tatsächlich mit der Idee eines Friedensschlusses inklusive aller von Israel erwarteten Zugeständnisse abgefunden. Vor allem will er eine Trennung von den Palästinensern, was natürlich das Ende der Besatzung und die Räumung der Siedlungen bedeutet. Nur glaubt dieselbe Mehrheit der Israelis, die den Frieden möchte, dass eine solche Friedensvision praktisch nicht machbar sein wird. Frieden bedeutet für die Israelis hauptsächlich und vor allem Sicherheit. Ein Land, das niemals im Frieden, sondern immer nur im Kriegszustand gelebt hat, oft unter Terroranschlägen gelitten hat und ständig weitere Gewalttaten dieser Art antizipiert, meint genau zu verstehen, was Sicherheit bedeutet. Sicherheit ist ein Zustand, den man begreifen und sogar greifen kann. Der Begriff »Frieden« hingegen ist ein zu allgemeiner und ungreifbarer Begriff. Zugeständnisse, die Räumung von Siedlungen und Gebieten, sind für die Israelis akzeptabel, wenn sie dafür Sicherheit bekommen. Als der ägyptische Präsident Sadat in den späten 70er Jahren mit Israel den Frieden geschlossen hat, bestand er auf der Rückgabe aller verlorenen ägyptischen Gebiete und auf der Räumung aller israelischen Siedlungen auf ägyptischem Boden. Dieses Ziel hat er erreicht, weil

er die israelische Bevölkerung davon überzeugen konnte, dass er es mit ihrer Sicherheit ernst meinte. Die israelische Bevölkerung hat auf die eigene – damals rechte – Regierung Druck ausgeübt, um dem ägyptischen Präsidenten in allem nachzugeben, weil sie Präsident Sadat in Sachen Sicherheit vertraut hat. Allerdings hat sich auch herausgestellt, dass dieses Vertrauen gerechtfertigt war. Ähnliches geschah später mit dem jordanischen König Hussein. Heute sind die Israelis der Meinung, zwar gebe es seitens der Palästinenser ehrliche und wohlwollende Politiker, die mit Israel den Frieden schließen wollen, es gebe aber keinen palästinensischen Politiker, der im Stande sei, Israel Sicherheit zu garantieren. Die Israelis sehen, dass sowohl der Südlibanon wie auch der Gazastreifen einseitig geräumt wurden, dass es in beiden Gebieten keine israelische Besatzung und keine Siedlungen mehr gibt. Und sie sehen, dass diese beiden geräumten Gebiete ihnen dennoch keinerlei Sicherheit, sondern eher das Gegenteil bescheren. Aus beiden Gebieten wird Israel unablässig, wenn nicht bombardiert, dann bedroht. Sollte Israel nun das Westjordanland räumen, vermuten die Israelis, so würden sie wahrscheinlich auch aus diesem Gebiet heraus mit Raketen beschossen werden, weil die palästinensische Regierung einen Raketenbeschuss nicht verhindern können. Ein Raketenbeschuss aus dem Westjordanland heraus würde aber für Israel unvergleichlich schädlicher und gefährlicher sein als aus den beiden anderen geräumten Gebieten heraus. Die Grenze des Westjordanlandes liegt nahe der wichtigsten Lebenszentren Israels: Großstädte, Häfen, Flughafen, Industrie- und High-Tech-Gebiete. Eine Situation, wie sie heute entlang der Grenze mit dem Gazastreifen herrscht, wäre entlang der Grenze mit dem Westjordanland für Israel absolut unerträglich. So sieht es der Durchschnittsbürger, doch selbstverständlich ist die Situation nicht so einfach und oberflächlich, wie sie allgemein empfunden wird. Den Südlibanon wie auch den Gazastreifen hat Israel einseitig geräumt, ohne mit dem jeweiligen Kontrahenten Vereinbarungen irgendwelcher Art zu treffen. Der Gazastreifen wurde darüber hinaus aus Sicherheitsgründen abgeriegelt, ein Umstand, der dort eine brodelnde, explosive Situation geschaffen hat. Das sieht und empfindet der israelische Durchschnittsbürger jedoch nicht. Er weiß nur, dass die Städte und Dörfer entlang des Gazastreifens ununterbrochen unter Raketenbeschuss aus dem geräumten Gebiet stehen und dass im Südlibanon heute die größte Gefahr für Israel lauert. Also glauben die Israelis, dass ihre Zustimmung zu den verschiedenen Friedensvorschlägen nur theoretischer Art sein könne, weil es keinen Partner gebe, mit dem man einen ihnen Sicherheit gewährenden Frieden schließen könne.

»Die Israelis glauben, es fehle der Partner für einen ihnen Sicherheit gewährenden Frieden.«

Keine Alternative zum nächsten Krieg?

Weiterhin glauben die Israelis, da die Lage eben so sei, werde unvermeidlich wieder ein Krieg ausbrechen. Und sollte wieder ein Krieg ausbrechen, dann wollen sie nicht die Olmert-Regierung an der Macht haben, die im Libanonkrieg 2006 unter Beweis gestellt hat, was sie kann oder eher nicht kann. Dann, glaubt man, brauche Israel eine Regierung, die einen Krieg effizient führen und

ihn gewinnen könne. Dabei ist die israelische Bevölkerung keineswegs kriegslüsternd sondern eher das Gegenteil. Sie hat heute große Angst vor einem weiteren Krieg, weil sie weiß, dass zukünftige Kriege keine Frontkriege mehr sein werden. Zukünftige Kriege werden Raketenkriege sein, mit denen Israels Feinde, die vom Iran aufgerüstet werden, das ganze Land intensiv und dicht bombardieren werden. Wie gesagt, die Israelis fürchten, dass es zum nächsten Krieg keine Alternative gibt. Doch erstaunlicherweise sind sie der Meinung,

»Alle erfolgreichen Kriege Israels wurden von einer linken Regierung geführt.«

dass nicht nur eine Olmert-Regierung keinen Krieg führen könne, sondern dass überhaupt keine gemäßigte Regierung dies könne. Denn im Gegensatz zu den Linken sprechen die Rechten dem Feind gegenüber eine klare Sprache: Ohne Wenn und Aber, sagen sie, ohne zu zögern, müsse man den Feind zerschmettern und

sonst nichts. Dabei vergessen die meisten Israelis, dass alle erfolgreichen Kriege, die Israel geführt hat, von einer linken Regierung geführt worden sind. Eine rechte Regierung hat nur einen einzigen Krieg geführt, den Libanon-Krieg im Jahr 1982, der ein vollkommenes Desaster gewesen ist.

Die Rolle internationaler Truppen

Olmert weiß, dass er trotz aller gegenteiligen Bemühungen innerhalb kurzer Zeit vor vorgezogenen Wahlen stehen wird und dass er eine Trumpfkarte braucht, mit der er in die Wahlen gehen kann. Diese Trumpfkarte heißt: Ein Krieg ist nicht unvermeidlich, weil der Frieden doch möglich ist. Um diese Idee für die Bevölkerung glaubwürdig zu machen, benötigt er eine für die Bevölkerung akzeptable Sicherheitsgarantie. Da die palästinensische Regierung in absehbarer Zeit nicht im Stande sein wird, sich nach einem Abzug der Israelis aus dem Westjordanland für Israels Sicherheit zu verbürgen, wird das ein anderer tun müssen. Und das kann nur eine internationale Truppe sein. Eine derartige Truppe muss nicht sehr groß sein, weil das Territorium des Westjordanlandes sehr klein ist. Allerdings muss sie recht robust sein und vor allem eine ganz klare Mission haben, um mit aller Macht und Gewalt für beide Seiten Sicherheit zu erzwingen. Zu diesem Zweck muss hinter dieser Truppe eine glaubwürdige politische Macht stehen. Die für eine solche Mission geeignete Macht wären die Vereinigten Staaten, würden sie dies nur wollen. Aus internen politischen Gründen heraus aber wollten die Amerikaner noch so gut wie nie die Kontrahenten im Nahen Osten zu einem Frieden drängen und auch in der Zukunft werden sie das nicht wollen. Infolgedessen werden sie niemals Einsatztruppen in den israelisch-palästinensischen Bereich schicken. Die einzige politische Autorität, die für alle akzeptabel sein könnte und der die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen, ist die Europäische Union. Europa müsste nicht unbedingt die eigenen Truppen in die heutigen besetzten Gebiete schicken. Die Truppen könnten in der Tat international sein. Vor allem wäre es auch wünschenswert, moslemische Truppen in die Mission einzubinden, so zum Beispiel türkische oder indonesische. Die Hauptsache wäre, dass die hartnäckige politische Führung der Truppen europäisch ist. Europa könnte auch mit Intendanz und Finanzierung behilflich sein. Wahrscheinlich würde es unter den neuen

Mitgliedsstaaten der Union in Osteuropa Länder geben, die gerne freiwillig ihre Truppen schicken würden. All dies sind jedoch nur technische Fragen. Was leider fehlt, ist der politische Wille. Dabei müssten die Europäer nicht fürchten, im Nahen Osten in eine Situation zu geraten wie die Amerikaner im Irak oder in Afghanistan. Erstens ist das Westjordanland mit 5.800 Quadratkilometern Fläche nur ein wenig mehr als zweimal so groß wie das Saarland, und eine so kleine Fläche ist relativ einfach zu kontrollieren im Gegensatz zu Ländern wie Afghanistan, Irak oder Vietnam. Zweitens wird die palästinensische Regierung wie auch die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung jegliche, die israelische Besatzungsarmee ablösende internationale Truppe mit Begeisterung begrüßen. Natürlich würde eine solche Truppe dann eng mit der palästinensischen Regierung zusammenarbeiten und alles mögliche tun, sie aufzubauen, bis sie reif ist, die Verantwortung selbst zu übernehmen. Die israelische Regierung würde eine solche Lösung nicht offiziell begrüßen, weil sie im Gegensatz zur traditionellen israelischen Politik steht. In der Tat aber ist sie heute schon reif für eine solche Lösung. Die arabische Welt würde natürlich in ihrer Mehrheit eine solche Entwicklung begrüßen, unter anderem schon deshalb, weil sie im Nahen Osten unbedingt Ruhe braucht, um sich gegen die potenziellen Aggressoren aus dem Iran verteidigen zu können. Die Frage aber, die für die Europäische Union entscheidend sein kann, ist die Haltung der Amerikaner einer derartigen europäischen Initiative gegenüber. Wie die Amerikaner in den letzten Jahren gezeigt haben, sind sie hinsichtlich einer europäischen Einmischung in den Nahostkonflikt empfänglicher geworden. Die Überwachung der Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen haben sie den Europäern überlassen, wie auch die Federführung über die internationale Truppe im Südlibanon. Für die israelische Bevölkerung würde es nur um die Glaubwürdigkeit der Mission und der Mittel gehen, die der Truppe zur Verfügung stehen. Sollte das eine Lösung für ihre Sicherheit sein können, würden sich die Israelis im Grunde genommen darüber freuen und ihre Regierung unterstützen in dem Bemühen, mit den Palästinensern einen Frieden zu schließen. Damit könnte dann Ehud Olmert auch mit echten Chancen, die er heute nicht hat, in die Wahlen gehen.

»Die arabische Welt würde in ihrer Mehrheit eine internationale Truppe begrüßen.«

Natürlich bleibt sowohl das Problem der *Hamas* im Gazastreifen als auch die Frage der Verhandlungen mit Syrien offen. Beide sind zwar komplexe Probleme, werden aber nach einem Friedensschluss mit den Palästinensern anders aussehen. Es gibt bereits kühne Ideen zur Lösung dieser beiden Probleme, ihre Umsetzung wird aber vorerst auf sich warten lassen müssen.